

Er zeichnet wesentliche Stationen der Entwicklung der Soziallehre nach und stellt ihre theoretischen Grundlagen dar, bevor er zu einer kritischen Diskussion zentraler Positionen der Soziallehre kommt. Mit Marie-Dominique Chenu weist der Autor darauf hin, daß die Soziallehre der letzten zwanzig Jahre selbst einen bedeutenden Perspektivenwandel durchgemacht habe: weg von einer systematisierenden, sozialetischen Lehre hin zu einer

mehr empirischen Blickrichtung, zu einem je neuen Sich-Inspirieren am Evangelium. Der Autor plädiert für eine „sozialkritische Praxis der Kirche“, ausgehend vom Wissen um die „innere Zusammengehörigkeit des Einsatzes für die gerechte Gestaltung der Welt mit der Verkündigung des christlichen Heils. Das Thema wird Kirche und Theologie noch auf lange Sicht beschäftigen.

K. N.

## Zeitschriften

### Theologie und Religion

COLEMAN, JOHN. **Die religiöse Bedeutung neuer religiöser Bewegungen.** In: Concilium Jhg. 19 Heft 1 (Januar 1983) S. 13–20.

Im Entstehen neuer religiöser Bewegungen sieht der Autor eine „weltweite Herausforderung“ für die großen christlichen Konfessionen. Eine doppelte Forderung stelle sich auf Grund der zunehmenden neo-orientalischen Religiosität an das Christentum: Erstens würden Europa und Nordamerika mit dem Dialog zwischen Christentum und Weltreligionen konfrontiert. Zweitens bedeute dies einen Anstoß für das Christentum, sich um einige Elemente seiner eigenen Tradition wieder neu zu bemühen. Das Christentum könne dadurch veranlaßt werden, sich „von neuem mit der Beziehung zwischen esoterischen Traditionen, „innerer“ Selbst- und Gotteserkenntnis und einem Christentum, das „wirkt“, zu „befassen“. Zur Bewertung der neuen religiösen Bewegungen schlägt der Autor den Kirchen sechs Haltungen vor: (1) Nicht schon die Tatsache, daß eine Bewegung nicht christlich ist, mache sie zu einer spirituellen Fehlform. (2) Methodisch lege sich ein historisch-vergleichendes anstatt eines apologetisch-typologischen Vorgehens nahe. (3) Die Haltung der Kirche solle vom „Anathema zum Dialog“ wechseln. (4) Neue Formen von Religiosität könne man als eine Art „Vorschule“ auf das Christentum betrachten. (5) Das Entstehen neuer religiöser Gruppen biete Gelegenheit, „in der Erkenntnis und Erfahrung analoger Begriffe im eigenen Glauben zu wachsen“. (6) Der Sinn für das „innere Erkennen“ könne dadurch sehr belebt werden.

DE CLERCK, PAUL. **Célébrer la pénitence, ou la réconciliation?** In: Revue théologique de Louvain Jhg. 13 Heft 4 (1982) S. 387–424.

Der belgische Theologe geht aus von einer offensichtlichen Unstimmigkeit im „Ordo Paenitentiae“ von 1973, der einerseits die gemeinschaftliche Bußfeier mit sakramentaler Generalabsolution als neue Möglichkeit anerkennt, gleichzeitig für alle schweren Sünden trotzdem an der Notwendigkeit der Einzelbeichte festhält. Der Ordo öffne sich zwar teilweise einem erneuerten

Verständnis der Buße als „Sakrament der Versöhnung“, falle aber dann wieder in die Bestätigung der mittelalterlichen, vom Tridentinum festgeschriebenen Bußpraxis zurück. De Clerck ist der Meinung, die Kirche solle zu einer neuen, vierten Phase in der Geschichte des Bußsakraments übergehen: Nach dem altkirchlichen Bußinstitut, der frühmittelalterlichen „Tarifbuße“ und der scholastisch-tridentinischen Betonung des individuellen Sündenbekenntnisses als entscheidendem Bußakt brauche es jetzt ein für den Kirchen- und Gemeinschaftsbezug von Sünde und Umkehr offenes Verständnis des „Sakramentes der Versöhnung“. Je nach dem soziokulturellen Kontext und nach den persönlichen Lebensumständen könne dann entweder der individuelle oder der gemeinschaftliche Grundtyp der Buße näherliegen. Notwendig sei auch eine neue Verhältnisbestimmung von täglicher Bekehrung und sakramentaler Buße. Damit müsse man über die herkömmliche Unterscheidung von Todsünden und „läßlichen Sünden“ hinauskommen.

### Kultur und Gesellschaft

FEHER, FERENC; HELLER, AGNES. **Les Antinomies du Pacifisme.** In: Esprit – Changer la culture et la politique, No. 74 (Februar 1983) S. 87–102.

Den widersprüchlichen Charakter der Gruppen und Strömungen, die man zur Friedensbewegung zählt, untersucht dieser aus dem Englischen übersetzte Beitrag. Er zeigt, mit wieviel Vorsicht und Fragen gerade auch die Friedensbewegung in Deutschland vom Ausland her betrachtet wird. Nach Ansicht der Autoren haben diese Gruppen ein doppeltes Gesicht: Speerspitzen eines radikalen Kampfes um die Erneuerung der Demokratie könnten sie ebenso sein wie Strömungen, die sich auf die Dauer in eine intolerante und zerstörerische Kraft verwandeln. Zur genaueren Analyse der Motive dieser Gruppen wird vorgeschlagen, zwischen dem höchsten Wert, dem sie sich verschrieben haben, und dem konkreten politischen Ziel zu unterscheiden. Auch dürfte die Antiatomkraftbewegung keineswegs mit pazifistischen Bewegungen einfachhin identifiziert wer-

den. In der Antiatomkraftbewegung kämen verschiedene soziale Ziele zusammen, so „romantisches Handeln zur Verteidigung der Umwelt“, der Widerstand gegen die Installation atomarer Waffensysteme sowie nationalistische Tendenzen. Drei Gründe sehen die Autoren dafür, daß das Abschreckungskonzept der NATO im Westen auf Widerstand stößt: taktische Fehler der Administration Reagan; das mögliche, wenn auch nur momentane Gefühl einer Seite, der anderen überlegen zu sein, als Ausgangspunkt für einen Erstschat; ein allgemeiner Defaitismus in den westlichen Ländern. Anstatt einer einseitigen Abrüstungsvorleistung sprechen die Autoren sich für das „Einfrieren der Rüstung“ gefolgt von einer fortschreitenden und kontrollierten Abrüstung“ aus.

MERAD, ALI. **L'Islam à l'horizon 2000.** In: Revue Tiers-Monde Tome XXIII No. 92 (Oktober–Dezember 1982) S. 757–772.

Dem Islam und seiner Aktualität in Fragen der Dritten Welt ist die ganze Zeitschriftennummer gewidmet. Merad beschreibt das vielschichtige, auch widersprüchliche Bild des heutigen Islam. Zwei Tendenzen arbeitet er aus dem „Durcheinander von Ideen und der Fülle doktrinaler Entwürfe“ heraus: die „Rückkehr zu den Quellen“ und die „Ideologisierung des Islam“. Der Autor sieht den Islam auf vielfältige Weise verzweckt. So bemühe man sich im sozialen und politischen Bereich, unter dem Etikett „Islam“ seine eigene politische Lehre, die Ansichten seiner Schule oder seiner Partei aufzuwerten, selbst wenn sie nur in einem vagen Zusammenhang mit den objektiven Inhalten des Islam stünden. Einen großen Gegensatz sieht er zwischen dem idealen und dem gelebten Islam, zwischen der ursprünglichen Botschaft und den Traditionen in Glaube, Kult und Spiritualität. Die Verweise auf Tradition und Orthodoxie in fundamentalistischen und integristischen Strömungen hält er für ein Alibi, um sich den Anfragen der Moderne zu entziehen. Der Islam brauche eine neue Ethik, die dazu geeignet sein müsse, ihn mit den übrigen Kulturen und Zivilisationen zu versöhnen, die nicht weniger als er Träger von Verheißungen für die gesamte Menschheit seien.

## Kirche und Ökumene

DANTINE, JOHANNES. **Zur Konvergenzerklärung über Taufe, Eucharistie und Amt.** In: Ökumenische Rundschau Jhg. 32 Heft 1 (Januar 1983) S. 12–27.

Dantine räumt zwar ein, die Konvergenzerklärungen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung seien ein „großer Fortschritt“ bei dem Versuch, zu gemeinsamen Formulierungen theologischer Grundaussagen zu kommen, das Schwergewicht seiner Überlegungen liegt allerdings auf der Kritik an den Lima-Erklärungen. Sie betrifft vor allem die Texte zu Eucharistie und Amt. So konstatiert Dantine einen Widerspruch zwischen der Wertung der Eucharistie als „Gabe des Herrn“ und als Danksagung und Lobopfer der Gemeinde und eine Unterbewertung des Gemeinschaftsaspekts der Eucharistie. Im ganzen stellt er fest, die zeitgenössische theologische Forschung sei nicht genügend berücksichtigt, vor allem sei die reformatorische Tradition völlig außer acht gelassen wor-

den, sowohl im Blick auf das Verständnis der Eucharistie als Opfer wie auf die Unterscheidung zwischen Klerus und Laien. Auch die Theologie der außereuropäischen Kirchen komme nicht genügend zu Wort. An den Lima-Erklärungen würden die Grenzen der bisherigen Bemühungen um Konsensdokumente deutlich: Es führe nicht zum Ziel, so etwas wie ein „apostolisches Mittel“ herauszuarbeiten; Ökumene könne nicht heißen, daß ein Traditionsstrang seine Denkgesetze anderen aufzwingt.

SLENCZKA, REINHARD. **Synode zwischen Wahrheit und Mehrheit.** In: Kerygma und Dogma Jhg. 29 Heft 1 (Januar/März 1983) S. 66–81.

Dem Beitrag geht es um „dogmatische Überlegungen zur synodalen Praxis“ der evangelischen Kirche. Slenczka beklagt, daß sowohl nach den geltenden kirchlichen Grundordnungen wie nach ihrem eigenen

Selbstverständnis die Synoden zu sehr als eine Art Parlament verstanden würden, daß damit Meinungserhebung und Mehrheitsbildung Wesen und Aufgabe einer Synode ausmachten. Demgegenüber möchte er die Synode stärker von ihrer geistlichen Wirklichkeit her verstehen: „Sie steht dann nicht unter der Gewaltenteilung neuzeitlicher Verfassungen, sondern zuerst einmal unter der Verheißung und Vollmacht des Heiligen Geistes.“ Die im Protestantismus herrschende theologische Unklarheit darüber, ob und wann Konzile bzw. Synoden die Wahrheit sagten, zeige ihre Folgen in der synodalen Praxis: die Wahrheitsfrage werde oft prinzipiell abgewiesen. Slenczka will den Synoden über die legislativen und administrativen Geschäfte hinaus ein „Lehramt“ zusprechen. Sie hätten den Auftrag, darüber zu wachen, daß es in der Gemeinde Jesu Christi nicht nur mit der Verwaltung und Ordnung, sondern auch mit Lehre und Leben stimme.

## Personen

Anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs Ende Januar erinnerte *Johannes Paul II.* die niederländischen Bischöfe an die Sondersynode von 1980, die „bleibender Richtungsanzeiger für das kirchliche Leben“ in den Niederlanden sei. Er ermahnte die Bischöfe, ihrer Aufgabe als Lehrer des Glaubens zu entsprechen, betonte die Notwendigkeit, die Liturgie nach den offiziellen liturgischen Büchern zu feiern und rief zu Anstrengungen für den Priesternachwuchs auf. Dabei wies er auf das Schreiben Kardinal Willebrands' über das Priesterliche Amt vom Frühjahr 1982 hin (vgl. HK, August 1982, 371–373).

Für beträchtliche Aufregung im französischen Katholizismus sorgte ein Vortrag über „Weitergabe des Glaubens und Quellen des Glaubens“, den Kardinal *Joseph Ratzinger* Mitte Januar in Lyon und Paris hielt. Der Präfekt der Glaubenskongregation übte darin Kritik an der „neuen Katechese“, die nicht mehr den Mut habe, den Glauben als organisches Ganzes darzustellen und die den „Text“ des Glaubens nicht ausreichend vom „Kommentar“ unterscheidet. Die eher allgemein gehaltenen Ausführungen Ratzingers wurden teilweise als Kritik an der katechetischen Konzeption der französischen Kirche verstanden. Seit 1967 gibt es in Frankreich keinen offiziellen Einheitskatechismus mehr; die Bischöfe erarbeiteten als Alternative einen „texte de référence“ für die Katechese.

Im Alter von 77 Jahren verstarb am 3. Februar Kurienkardinal *Antonio Samorè*. Der 1967 von Paul VI. zum Kardinal kreierte Samorè war von 1968 bis 1974 Präfekt der Sakramentenkongregation; seither hatte er die Leitung von Bibliothek und Archiv des

Vatikans inne. 1978 betraute Johannes Paul II. den Kardinal, der früher einmal Nuntius in Bogotá und später Präsident der päpstlichen Kommission für Lateinamerika gewesen war, mit der Leitung der von ihm initiierten Vermittlungsgespräche zwischen Argentinien und Chile im Konflikt um den von beiden Ländern beanspruchten Beagle-Kanal.

Seinen diesjährigen Fastenhirtenbrief widmete Kardinal *Joseph Höffner* dem Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit. Der Kölner Erzbischof forderte darin unter anderem kinderlose Ehegatten, die beide berufstätig seien, auf, zu überlegen, ob nicht einer von ihnen auf seine Stelle verzichten sollte, um auf diese Weise einem kinderreichen arbeitslosen Familienvater zu einer Stelle zu verhelfen. Es sei Sache der Kirche zur Überwindung von Enttäuschung, Verbitte-rung, Zermürbung und Beschäftigungsmangel als Folgen der Arbeitslosigkeit beizutragen. An die Pfarreien appellierte der Kardinal, die Zahl der Arbeitslosen in der Gemeinde festzustellen und Notfälle ausfindig zu machen.

In einer Abschiedsrede vor der Synode der nordelbischen Kirche wies der aus seinem Amt geschiedene Hamburgische (lutherische) Bischof *Hans-Otto Wölber* auf tiefgreifende Strukturveränderungen evangelischer Kirchlichkeit hin: Die Volkskirche alten Stils habe ihren Rückhalt in der Gesellschaft verloren, während es „ganz fern“ Anzeichen gebe, „daß das Christentum im Begriffe ist, sich zu einer Jugendreligion umzufunktionieren“. Manchmal habe er den Eindruck, daß die in den Familien verlorene Heimat in der Kirche aufgefangen werden könne.

Der polnische Außenminister *Stefan Olszowski* sprach sich auf einer Pressekonferenz Anfang Februar in Warschau für die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und dem Vatikan aus. Auf die Frage, was darunter zu verstehen sei, antwortete der Minister, die „Einrichtung einer Apostolischen Nuntiatur in Warschau in beiderseitigem Einverständnis“. In der gleichen Pressekonferenz war Olszowski bemüht, die aktuellen Beziehungen zum Vatikan als möglichst positiv darzustellen. Die Politik des Vatikans und des Papstes persönlich werde von der Regierung „mit Respekt“ bedacht. Der für die zweite Junihälfte dieses Jahres vorgesehene zweite Besuch Johannes Pauls II. in seiner Heimat könne einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen sowohl zwischen Staat und Kirche wie zwischen Polen und dem Vatikan leisten.

Am 26. Januar wurde in seinem Wohnort Vidukle der litauische Pfarrer *Alfonsas Svarinskas* verhaftet. Svarinskas ist einer der Mitbegründer des „Katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen“. Nach einer TASS-Meldung vom 27. Januar wird dem Geistlichen „staatsfeindliche Tätigkeit“ und das „Schüren von Feindschaften zwischen Gläubigen verschiedener Nationalitäten“ vorgeworfen. Außerdem wird Svarinskas von den Behörden beschuldigt, „Unterstützung seitens der Sonderdienste einiger kapitalistischer Staaten“ angenommen zu haben.

Beilagenhinweis  
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags Herder, Freiburg, bei.